Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei zweimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 291. | Dresden, Donnerstag den 16. Dezember 1915. | 26. Jahrg.

Russische Angriffe zurückgewiesen. – Neue Erfolge in Nordmontenegro. Frenchs Abgang. – Eine neutrale Zone an der griechischen Grenze.

Die neue Kreditvorlage.

* Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Beratungen über die neue Kreditvorlage der Regierung vollendet und ist zu dem Ergebnis gelangt, dieser Vorlage wie den früheren Kriegskrediten ihre Zustimmung zu geben. Aber eine ansehnliche Minderheit ist, wie die schon mitgeteilten Stimmenzahlen zeigen, abweichender Ansicht gewesen.

Die Fraktion hat durch ihre Friedensinterpellation, durch die von heißem Friedenswillen erfüllten Reden ihrer beauftragten Vertreter Scheidemann und Landsberg weitgehende Einmütigkeit in der brennendsten Frage der Gegenwart und der nächsten Zukunft gezeigt. Die Fraktion ist sich einig, daß sie alles zu tun hat, was geeignet ist, das beispiellose und mit seiner langen Dauer alle beteiligten Völker immer mehr mit Unheil bedrohende blutige Ringen zu einem endlichen Abschluß zu bringen. Darin aber besteht die Meinungsverschiedenheit, ob eine ablehnende Stellungnahme zu den Krediten ein geeignetes Mittel sein könne, um das von allen erstrebte Ziel zu erreichen. Die Minderheit ist dieser Ansicht, die Mehrheit ist der gegenteiligen Auffassung.

Von der Minderheit wird gesagt, die Politik der Mehrheit habe noch immer den Frieden nicht gezeitigt. Also sei diese Politik verfehlt und es müsse eine andere Politik eingeschlagen werden. Diese Beweisführung ist aber eine durchaus irrtümliche. Es liegt natürlich vor aller Augen, daß der ersehnte Erfolg nicht erzielt worden ist. Aber keiner, der mit klarem Blick die Ereignisse dieser schweren Zeit betrachtet, kann behaupten wollen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie trage daran auch nur zum kleinsten Teile die Schuld. Auch der Papst in Rom, auch die neutralen Staaten, auch alle wohlmeinenden Philanthropen waren nicht imstande, das Ende des Krieges herbeizuführen. Kann die Minderheit unserer Partei sich ernstlich der Einbildung hingeben, daß die von ihr vorgeschlagene Stellungnahme mehr Erfolg gehabt hätte oder haben könnte? Auf wen soll denn die Ablehnung der Kredite Eindruck machen, daß er zum Friedensschluß geneigt gemacht werde? Etwa auf die deutsche Regierung? Aber die deutsche Regierung hat sich schon vor Monaten, als die Kriegslage für Deutschland viel weniger günstig war, zu Verhandlungen mit den gegnerischen Mächten erbötig gezeigt. Sie hat in neuerer Zeit diese Bereitwilligkeit wiederholt bekräftigt, und in der Beantwortung unserer Interpellation hat der Reichskanzler geradezu feierlich vor aller Welt erklärt, daß er jede Verantwortung für die Fortsetzung des Unheils auch nur um einen Tag ablehne, daß er allezeit bereit sei, über den Frieden zu diskutieren.

Welchen Eindruck aber würde die Ablehnung der neuen Kredite durch die deutsche Sozialdemokratie im Auslande hervorrufen? Würde das Ausland auf diese Weise friedensbereit gemacht werden? Die wirkliche Meinung der gegnerischen Staatsmänner über die Möglichkeit der Kriegsbeendigung ist gegenwärtig nicht klar erkennbar. Die Asquith und Briand schwelgen nicht mehr in so eroberungssüchtiger Theatralik wie die gewesenen Churchill und Viviani. Aber noch immer reden sie von der Fortführung des Krieges mindestens bis zur „Befreiung von Elsaß-Lothringen". Asquith erklärte: „Ich will den Krieg gewinnen", und England arbeitet fieberhaft mit Rekrutierungen und Munitionsherstellung. Briand verkündete die Losung: „Frieden durch Sieg", und auch der russische Goremykin sagte stolz: „Der Augenblick wird bald da sein, wo Rußland mehrere Millionen Mann nach der Front senden kann. Das wird dann Deutschlands Ende sein." Auch wenn man annimmt, daß in den Worten der gegnerischen Staatsmänner ein gut Stück Prahlerei und Ermunterungstaktik für die eignen müden Völker steckt, auch wenn man die Drohungen mit den neuen Armeen Englands und Rußlands nicht zu fürchten braucht, so ist doch jedenfalls eine Friedensbereitschaft auf der gegnerischen Seite leider noch immer nicht festzustellen. Nicht nur bei den Regierungen ist sie nicht festzustellen, auch bei den Sozialisten und Arbeiterparteien ist sie nicht zur Geltung gekommen — nicht entfernt so, wie sie von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stets zum Ausdruck gebracht wurde. Die französischen Sozialisten haben bis zur jetzigen Stunde jede Verhandlung mit den deutschen Sozialisten rundweg abgelehnt. Sie muten uns zu, die Kredite zu verweigern und uns „gegen den Krieg aufzulehnen", während sie selbst bis in die neueste Zeit einstimmig die Kredite bewilligten, Elsaß-Lothringen forderten und der Regierung Briand Vertrauensvoten aussprachen. Wenn die Kreditverweigerung eine Demonstration gegen die immer weitere Fortführung des Kriegs bedeuten soll, so müßte sie — diese Forderung haben wir stets gestellt und müssen wir stellen — international durchgeführt werden, gleichzeitig und in annähernd gleicher Stärke in den hauptbeteiligten Staaten. Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Ueberzeugung, daß die einseitig bei uns erfolgende Kreditablehnung unfehlbar das Gegenteil dessen herbeiführen würde, was die Minderheit wünscht: Im Auslande würde sich lautes Triumphgeschrei erheben, daß in Deutschland der innere Zwist mächtig aufloderte. Die überall im Auslande verbreitete Legende, Deutschland sei bald am Ende seiner Kraft, würde den Schein der Bestätigung finden, und überall draußen würde der Ruf erschallen: Nun erst recht nieder mit den Deutschen, denen schon der Atem ausgeht! So würde der Krieg nicht abgekürzt, sondern ins Unabsehbare ausgedehnt werden.

Die Verantwortung für eine derartige Wirkung ihres Verhaltens kann die sozialdemokratische Fraktion unmöglich auf sich nehmen. Wir haben die Pflicht — wie wir es seit Kriegsausbruch programmatisch ausgesprochen haben —, die Mittel zu bewilligen, bis die feindlichen Mächte bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wir bewilligen diese Mittel nicht, wie gleichfalls immer wieder von Minderheitsseite gesagt wird, „aus Vertrauen zur Regierung", wir bewilligen sie dem deutschen Volke, dessen Leben gesichert werden muß gegen die noch andauernden Bedrohungen, wir bewilligen sie unsern Brüdern und Kameraden, die draußen im Felde unermeßliche Opfer im Dienste der Gesamtheit darbringen.

Von der Minderheit unserer Fraktion ist aber noch eingewendet worden, daß auch die Eroberungspläne der deutschen Regierung und der bürgerlichen Parteien Schuld an dem Nichtzustandekommen von Friedensverhandlungen tragen. Gegen diese Eroberungspläne müsse protestiert, von ihnen müsse abgerückt werden. Hierzu ist zunächst zu sagen, daß unsere ganze Fraktion im Protest gegen Eroberungspläne, wie sie von gewissen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden geäußert worden sind, völlig einig ist. Scheidemann hat diesen Protest soeben wieder mit allem Nachdruck erhoben. Wir können aber nicht erkennen, daß wir durch Kreditablehnung etwas gegen Eroberungspläne ausrichten würden. Vielmehr würden wir ohne Zweifel dann erst recht die hitzigsten Annexionisten zur Macht befördern und ihnen die Regierung völlig in die Hände liefern. Es ist fürwahr gar nicht unbeachtlich, daß in der Besprechung der letzten Rede des deutschen Kanzlers die Pariser Humanité schrieb: „er (der Kanzler) würde sich mit einem bescheidenen Frieden begnügen", weil er die wahre Lage Deutschlands kenne. Soll die sozialdemokratische Fraktion in diesen schweren Zeiten dem Reichskanzler unabsehbare Schwierigkeiten bereiten, der — wenn wir auch seine Stellung in der Friedensfrage noch ganz anders wünschen, als sie ist — als erster unter allen Staatsmännern der kriegführenden Länder erklärt, er sei jede Stunde bereit, über den Frieden zu diskutieren? Sollen wir denjenigen Freude bereiten, die eine viel schärfere Draufgängerpolitik verlangen? Es braucht allerdings auch nicht verschwiegen zu werden, daß in unsrer Fraktion über das Problem der „Annexionen" eine Meinungsverschiedenheit besteht. Einige glauben, dieses ganze Problem mit der einfachen Formel gelöst zu haben: „Gegen Annexionen". Andere aber sind der Ansicht, daß der gewaltige Weltkrieg alle Dinge so ungeheuerlich in Fluß gebracht hat, daß gerade auch eine revolutionäre Partei unmöglich mit dem konservativen Grundsatz des status quo — alles soll genau so wieder hergestellt werden, wie es zuvor gewesen ist — auskommen kann. Wir wollen keine Vergewaltigung eines anderen Volkes, keine Einverleibung volksfremder Gebiete. Wir wollen nicht einen Friedensschluß, der den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt. Wir wollen alles tun, damit ein Zustand Europas geschaffen werde, der den Ausgleich der Interessengegensätze und freundnachbarliches Zusammenleben der Kulturvölker in Aussicht stellt. Es wird die denkbar schwerste Aufgabe sein, dieses Ziel zu erreichen, insbesondere auch den Friedensausgleich der Vernunft zwischen England und Deutschland zu erzielen. Wer an diesem Werke arbeiten will, kann unmöglich mit dem einfachen Wort „gegen Annexion" alles erledigt ansehen. Es braucht nur gefragt werden: Wer ist ernstlich der Meinung, daß Rußland unbedingt jedes Quadratkilometer Land unter sein despotisches Regiment zurückerhalten muß? Wer will den Anspruch der Bulgaren auf Mazedonien ohne weiteres von der Hand weisen? Jeder, der die großen Probleme, die der Weltkrieg aufgeworfen hat, nur einigermaßen ins Auge faßt, wird zugestehen, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, einem Frieden zuzustreben, der ohne Vergewaltigung irgend einer Nation die Neugestaltung Europas herbeiführt.

Das Echo, das die Friedensinterpellation unsrer Fraktion im Auslande erweckt hat, ist allerdings anscheinend noch kein günstiges. Gleichwohl dürfen wir bei den großen Schwierigkeiten, die hier vorliegen, nicht die Zuversicht sinken lassen. Die deutsche Friedensdebatte wird dem Senior der schweizerischen Sozialdemokratie, unserm alten verehrtesten Freunde Greulich, gute Anknüpfungen bieten, wenn er, wie angekündigt, demnächst im Nationalrat zu Bern auffordern wird, der Bundesrat solle allein oder zusammen mit den Regierungen anderer Länder den Kriegführenden seine guten Dienste anbieten zur baldigen Herbeiführung eines Waffenstillstandes und Einleitung von Friedensverhandlungen. Mit Spannung dürfen wir diesen Beratungen entgegensehen. Selbst Herr Asquith hat jüngst eine Erklärung abgegeben, die mehr als zuvor eine gewisse Geneigtheit zu Verhandlungen erkennen ließ. Wenn nur erst einmal die Vertreter der streitenden Mächte sich an den Tisch der Verhandlungen

---

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Dezember 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Lebhafte Artilleriekämpfe und rege Fliegertätigkeit auf dem größten Teile der Front.

Bei Vailly wurden zwei kleine Postierungen auf dem Südufer der Aisne nachts von den Franzosen überfallen.

Leutnant Immelmann brachte gestern über Valenciennes das siebente feindliche Flugzeug, einen englischen Eindecker, im Luftkampfe zum Absturze.

Der vorgestrige Fliegerangriff auf Müllheim (Baden) soll nach französischer Darstellung als Ziel die dortigen Bahnhofsanlagen gehabt haben. In deren Nähe ist aber keine der geworfenen Bomben gefallen, dagegen wurden in der Stadt ein Bürger getötet, ein anderer verletzt. Der rein militärische Schaden beschränkt sich auf die Zerstörung einiger Fensterscheiben im Lazarett.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg

Russische Abteilungen, die nördlich des Driswjaty-Sees bis in unsere Stellung vorgedrungen waren, wurden durch Gegenangriff zurückgeworfen. In der Gegend der Beresina-Mündung brach ein Vorstoß des Feindes im Feuer unserer Infanterie zusammen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern

Die Lage ist unverändert. Nachts kam es zu kleinen Patrouillenzusammenstößen.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen

Bei Berestiany scheiterte ein feindlicher Angriff.

Ein russisches Flugzeug mußte östlich von Luck im Bereiche der österreichisch-ungarischen Truppen landen.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Kämpfe in Nord-Montenegro wurden mit Erfolg fortgesetzt. Die österreichisch-ungarischen Truppen stehen nahe vor Bijelopolje.

Oberste Heeresleitung.

Freies Geleit für die deutschen Attachés.

Washington, 15. Dezember. Reuter. Der britische Botschafter wurde ermächtigt, den deutschen Attachés v. Bon-Ed und v. Papen ein bedingungsloses freies Geleit einzuräumen. Die beiden Attachés beabsichtigen, am Dienstag mit dem Dampfer Noordham abzureisen.

Rückzugsstrategie.

† **London,** 16. Dezember. Unter der Ueberschrift Rückzugsstrategie schreibt Sidney Low im Daily Mail: Die britischen Armeen sind wieder mit der Bewegung beschäftigt, mit der wir seit August 1914 schmerzlich vertraut geworden sind: Sie gehen in Serbien und Mesopotamien auf eine neue Frontlinie zurück. Der Krieg besteht im wesentlichen aus diesen strategischen Rückzügen. Wir senden unzureichende Truppen aus, die durch die überwältigende Mehrheit des Feindes oder schwierige Bodenbeschaffenheit zum Stehen gebracht werden. Sie kämpfen mit glänzendem Mute, gewinnen einen bis zwei Erfolge und ziehen sich danach zurück. In dem Artikel werden weiter die Unternehmungen auf Gallipoli, in Serbien und Mesopotamien erörtert. Dann heißt es weiter: Ist das Strategie oder vernünftige Politik? Können wir erwarten, durch eine Reihe von unnützen Vorstößen, die mit Rückzug enden, den Krieg zu gewinnen? Können wir diese andauernden Verluste an Männern und Geld, denen kein militärisches Ergebnis entspricht, aushalten? Wir reden von einem Erschöpfungskriege. Aber wir werden die Erschöpfung stärker empfinden als der Feind, wenn dieses System fortgesetzt wird.

Peter und Nikita kommen nach Italien?

† **Bern,** 16. Dezember. Laut Mailänder Nachrichten soll König Peter von Serbien nächstens in Italien eintreffen, um seine angegriffene Gesundheit wieder herzustellen. Wahrscheinlich werde er nach kurzem Weilen in Rom in der Kgl. Villa Caserta Wohnung nehmen. Da ferner mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß Montenegro ein ähnliches Schicksal wie Serbien ereilt, werde bereits die Uebersiedlung der montenegrinischen Königsfamilie nach Italien erwogen. König Nikita werde jedoch bis zuletzt an der Spitze seines Heeres bleiben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19151216/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG